

Die Studentenlegion 1848*

von Rechtsanwalt Marcus Kaiser

* Der Aufsatz entstand im Rahmen des rechtshistorischen Seminars
**„1848 - Die Heidelberger
Universität zwischen Revolution
und Restauration“**
bei
Prof. Dr. Klaus-Peter Schroeder
an der Universität Heidelberg im
SS 2003

„Die Studentenlegion 1848“

I. Vorbemerkung

Die Arbeit schildert die Entwicklung und Ereignisse hinsichtlich der Aktionen der Heidelberger Studenten im Kontext der geschichtlichen Vorgänge in Heidelberg, Baden, der Pfalz und in der Relation zu den gesamtdeutschen Geschehnissen während den Revolutionsjahren 1848/49.

II. Vorgeschichte

In der Februarrevolution in Paris (22.-24. Februar 1848) erzwangen sozialistische und kleinbürgerliche Kräfte das allgemeine, gleiche Wahlrecht und die Republik. Im März 1848 folgten Erhebungen in ganz Deutschland, in Wien wurde Metternich gestürzt. Überall bildeten sich liberale Ministerien. Die revolutionären Kräfte verlangten u.a. Presse- und Versammlungsfreiheit, eine alle deutschen Länder umfassende Verfassung und die Wahl einer Nationalversammlung.¹

Mittlerweile hatte man auch im geradezu beschaulichen Baden die von Paris ausgehenden revolutionären Ereignisse des Februar 1848 zur Kenntnis genommen. So erwachte auch die Heidelberger Studentenschar aus ihrem biedermeierlichen Halbschlaf und entdeckte ihre liberale Ader aufs Neue.

Bereits am 28. März 1848 wollten sich Heidelberger Studenten als Ordnungsmacht in der Stadt zur Verfügung stellen, um den einhergehenden Plünderungen ein Ende zu bereiten:

„Die Ruhe unserer Stadt - dir wir doch, so lange wir in derselben wohnen, als solche betrachten werden - schien schon mehrmals, wie auch gestern Nacht, bedeutend gefährdet. Man wollte, so sagt man sich, wie in der Umgebung Angriffe gegen das Eigenthum versuchen, und schon vor wenigen Wochen hat man einen solchen Versuch argumentirt. Schon damals mußte

¹ Weltgeschichte, S. 326.

*es jeden wundern, warum wir als kräftige deutsche Jugend, der es wohl gebührte, solchen Unfug zu steuern, müßig waren.*²

Bei einer Zusammenkunft in der Aula der Universität Heidelberg am 30. März 1848 verurteilte die Mehrheit der hiesigen, überwiegend liberal eingestellten, Professoren und Studenten eine Geltendmachung ihrer politischen Überzeugung mit paramilitärischen Mitteln; damit war vor allen Dingen der bevorstehende Hecker-Zug in Baden gemeint. Zu den Rednern gehörten die liberalen Professoren Häusser und Pfeuffer. Beide sprachen sich gegen jegliche Einmischung von außen aus und forderten die Heidelberger Bürger auf, Ruhe und Ordnung in der Stadt zu halten. Dies deshalb, weil am 26. März 1848 Hecker und Struve in Heidelberg weilten, welche versuchten, die Heidelberger Bürger und Studenten für ihr revolutionäres Anliegen zu begeistern.³

In der Minderheit auf dieser Versammlung standen Professoren wie Hagen, Kapp und Morstadt, die dem radikalrevolutionären Flügel angehörten, und Studenten des neugegründeten demokratischen Studentenvereins.⁴

III. Studentenkompagnie

Ein erstes Aufsehen erregten die Heidelberger Studenten mit der Bildung einer Studentenkompagnie, die an der Universität, aber auch in der Stadt selbst, für Ruhe und Ordnung sorgen sollte. Dies war eine Folge davon, daß auch in Heidelberg die revolutionären Aktivitäten spürbarer wurden.

Die in der Kompagnie organisierten Studenten integrierten sich in die bereits bestehende Bürgerwehr; ein Akt der Solidarisierung mit dem Bürgertum, das der Hauptträger der Revolution von 1848/49 war. Über all diesen Vorgängen wachte der Senat der Universität. Dieser stand dem eifrigen, schon fast kampflustigen Treiben der Studenten eher skeptisch

² Thielbeer, S. 49.

³ RNZ 1998.

⁴ Heidelberger Studenten, S. 128.

gegenüber, doch genehmigte er die Bewaffnung der Studenten nicht ohne Hintergedanken. Im Senat herrschte die Befürchtung, daß es Anhängern der radikal-republikanischen Strömung gelingen könnte, kampfbereite Studenten für ihr Ansinnen zu begeistern und so vom eingeschlagenen liberalen Weg abzubringen. Durch die Integration der Studenten in die Heidelberger Bürgerwehr glaubte man diese dort besser aufgehoben zu haben.⁵

Die Studentenkompagnie hatte jedoch kaum eine Möglichkeit, ihren Kampfgeist zu beweisen, so daß ihre Hauptaufgabe darin bestand, im Stadtgebiet von Heidelberg eher harmlose Patrouillen zu gehen, um so der Bevölkerung in diesen revolutionären Zeiten den Eindruck von Sicherheit zu vermitteln. Ihre erste, aber auch einzige Bewährungsprobe hatte das Korps am 24.04.1848 zu bestehen. Odenwälder Bauern waren bewaffnet mit Sensen, Äxten und Heugabeln in Heidelberg eingedrungen und haben begonnen, Häuser und Höfe zu plündern. Sie waren darüberhinaus in die Stadt eingedrungen, um sich mit den dort vermuteten Republikanern zu vereinigen.⁶ Letztlich wurden sie aber von Studentenkompagnie und Abteilungen der Bürgerwehr vor dem Rathaus in die Flucht geschlagen und aus der Stadt geworfen. Einige Quellen berichten davon, daß gerade die Studenten nicht unbedingt zimperlich mit den aufständischen Bauern umgegangen wären.

IV. Demokratischer Studentenverein

„Commilitonen, wem von Euch Freiheit und Volkswohl ein Herz im Busen schlägt, und wer consequent genug ist, die einzig mögliche Verwirklichung dieser Freiheit in der Republik zu erkennen, den fordern wir auf, tretet unserem Verein bei.“⁷

Mit diesen Worten eines Anschlags am schwarzen Brett der

⁵ Thielbeer, S. 49.

⁶ Heidelberger Studenten, S. 129.

⁷ Ruprecht Nr. 57 vom 04.12.1998-Feuilleton.

Universität Heidelberg am 7. Juli 1848 zog der demokratische Studentenverein die Aufmerksamkeit von Senat, Universitätspolizei, Kurator und Ministerium auf sich.

Der neu gegründete bis dato nur etwa 25 Mitglieder starke Verein, das entsprach etwa 5 Prozent der Studierendenschaft, lehnte sich an die Ideologien der sog. bürgerlichen Vereine an, die mehr oder weniger offen die Herstellung der Republik proklamierten. Solch ein Verein erregte im Senat und in den anderen Gremien der Universität noch mehr Besorgnis, als es die Mitglieder der Studentenkompagnie bisher getan haben, da man die liberalen Bestrebungen innerhalb der Universität durch derartige Verbindungen gefährdet sah.

Nachdem der Senat von dem Anschlag am schwarzen Brett Kenntnis erlangt hatte, wurde er unverzüglich vom Universitätsamtmannt entfernt und beschlagnahmt.

Äußerungen wie „Hochverrat“ oder „politische Verblendung“ waren zum Beispiel vom Kurator zu vernehmen. Dieser machte in seiner Person die Werbung des Vereins, die eigentlich nur ein Ausfluß der Märzforderungen war, zum regelrechten Politikum. Nach seiner Einschätzung sei zwischen Hecker und den Mitgliedern dieses Vereins kein anderer Unterschied gegeben, als daß jene die Waffen schon ergriffen hätten und drohend außerhalb der Grenzen stünden, diese aber im Lande werben würden, um im geeigneten Augenblick mit jenen gemeinsam den Bürgerkrieg zu entzünden. Diese Äußerung erregte nicht nur die Gemüter der Mitglieder des Vereins, sondern auch die anderer Studenten, zumal sich der Verein in seiner Satzung ausdrücklich zu friedlichen Mitteln bekannte. Der Kurator gab jedoch nicht nach und drängte bei Innenminister Bekk auf ein energisches Vorgehen gegen den Verein. Dieser sei *auf die Untergrabung der bestehenden Staatsordnung gerichtet und gefährde daher schon an und für sich das allgemeine Wohl.*⁸

Innenminister Bekk verfügte am 11. Juli das Verbot des nun auf

⁸ Dietz, S. 138-139.

ca. 40 Mitglieder angewachsenen Studentenvereins, welches sein Ziel aber vollends verfehlte⁹. Eine bessere Propaganda als die formelle Auflösung des Vereins konnten sich die Anhänger nicht wünschen. Die Folge war eine Solidarisierung des überragenden Teils der Studentenschaft mit den Opfern, dieser staatlichen Willkür. In diesem Zusammenhang verstand es der aus Magdeburg stammende Student der Philosophie Adolph Hirsch, seine Kommilitonen für die Ideen des demokratischen Studentenvereins zu begeistern und zu mobilisieren. Seine Kommilitonen Adolf Böhringer und Alexander Spengler, ebenso Aktive des demokratischen Studentenvereins, standen ihm hierbei hilfreich zur Seite. Aber auch von Seiten einiger Professoren fand diese studentische Vereinigung Unterstützung. So sprachen sich auch die Dozenten Prof. Alexander Friedländer und sein Kollege Prof. Karl Eduard Morstadt für eine Aufhebung des Verbotes aus.¹⁰

Am 15. Juli 1848 beschlossen die Heidelberger Studenten in einer Vollversammlung der Landesregierung in Karlsruhe ein Ultimatum zu stellen, in dem der Auszug aus Heidelberg angekündigt wurde, falls das Verbot nicht unverzüglich zurückgenommen werde, *da in Heidelberg nun kein Gesetz und Recht mehr gelte*.¹¹ Federführend hinsichtlich der Argumentation war Adolph Hirsch, der sich ausdrücklich auf die im März erlangenen Grundrechte und die Rechte der gesamten Studentenschaft berief. Hinzu kam, daß die Universitätsleitung und die Landesregierung das Verbot mit dem studentischen Charakter des Vereins begründet und unter Berufung auf ein Gesetz von 1833 erlassen hatten. Dies war ein Vorgehen, vorin der große Teil der Studentenschaft einen Versuch sah, die vormärzliche Sondergesetzgebung gegen die Studenten in die neue Zeit hinüberzuretten.

⁹ Dietz, S. 138-139.

¹⁰ www.uni-freiburg.de

¹¹ Heidelberger Studenten, S. 129.

Einen Tag später, am 16. Juli 1848 war am schwarzen Brett folgender Anschlag des engeren Senats der Universität Heidelberg zu lesen:

„Akademiker! Das Verbot des hiesigen demokratischen Studentenvereins hat unter einem Theil von Euch eine Aufregung hervorgerufen, die wir der mangelnden Kenntniss der gesetzlichen Zustände unseres Landes zuschreiben müssen und die uns veranlasst, Euch hierüber aufzuklären. [...] Akademiker! statt, dass Ihr Euer vermeintliches Recht dadurch schützt, wollt ihr Eure Studien unterbrechen, ein nahezu vollendetes Semester weggeben, dem Willen Eurer Eltern entgegenhandeln! Akademiker! überlegt diesen Schritt in Eurem eigenen Interesse wohl, um so mehr als eine Zurücknahme des Verbots durch das von Euch beabsichtigte Mittel nie und nimmermehr erlangt werden kann. [...]“¹²

Dieser Aushang konnte das Unausweichliche aber nicht mehr verhindern. Das Ziel von Universitätsleitung und Landesregierung, die liberale Position Badens durch vormärzliche Repressalien gegenüber den Heidelberger Studenten zu erhalten, wurde gänzlich verfehlt.

V. Studentenauszug nach Neustadt

Die Landesregierung in Karlsruhe war auf die Forderungen der Heidelberger Studentenschaft nicht eingegangen. Selbst eine studentische Deputation unter Führung von Professor Morstadt erreichte nur die Bestätigung des Vereinsverbots. Auch die Ankündigung von Saktionen wie die Verweisung von der Universität oder die Nichtanerkennung des Semesters konnte die kommenden Ereignisse nicht aufhalten. Zwar griffen die Studenten jetzt noch zu einem traditionellen Protestmittel, jedoch sähte die Landesregierung durch ihr Verhalten bereits zu diesem Zeitpunkt den Keim für die spätere gewaltbereitere Einstellung der Hochschüler.

¹² Heidelberg: Unispiegel 6-97.

Am Morgen des 17. Juli 1848 versammelten sich 364 Studenten wie angekündigt auf dem Karlsplatz in Heidelberg und marschierten, begleitet von zahlreichen Bürgern der Stadt, darunter Turner, Arbeiter und bürgerliche Demokraten, hinter einer wehenden schwarz-rot-goldenen Fahne aus der Stadt hinaus. Der zahlenmäßige Erfolg dieses Auszuges war auch auf die Teilnahme der Burschenschaften Teutonia, Franconia und Allemania sowie die Corps Vandalia und Nassovia zurückzuführen. Beachtenswert war hierbei die unterschiedliche Einstellung der Burschenschaften zu dem Auszug. Während sich Vandalia und Nassovia neutral verhalten und sich nicht gegen die Mehrheit der Studentenschaft stellen wollten, hielten Guestphalia und Saxo-Borussia die Unterstützung für den demokratischen Studentenverein für schlichtweg unzulässig, da sie hierin eine Auflehnung gegen die staatliche Ordnung sahen.¹³

Der Weg führte die Schar durch Mannheim, über den Rhein nach Neustadt a.d. Haardt. Dabei handelte es sich um ein von den Studenten bewußt gewähltes Ziel. Sowohl die Erinnerung an das Hambacher Fest von 1832 als auch die Anspielung auf das Casimirianum, die calvinistische Exilhochschule des 16. Jahrhunderts, unterstrichen die Wahl von Neustadt.

Die Neustadter Bevölkerung nahm die Studenten freundlich auf und beherbergte sie in ihren Privathäusern. Die reibungslosen Abläufe waren ein Produkt der hervorragenden Organisation auf studentischer Seite, an deren Spitze ein 18-köpfiger Ausschuß stand, der sich andauernd um ein gutes Verhältnis zwischen den Neustadter Bürgern und den Studenten sorgte. Während ihres Aufenthaltes in Neustadt vertrieben sich die Studenten die Zeit mit Bällen, Ausfahrten und politischen Versammlungen, jedoch ohne dabei ihr eigentliches Anliegen aus den Augen zu verlieren: die Wiederezulassung des demokratischen Studentenvereins.

¹³ Ruprecht Nr. 57 vom 04.12.1998-Feuilleton.

Eine während des Aufenthaltes von den Studenten verfaßte und der Landesregierung zugestellte Petition beinhaltete nicht mehr die Forderung der Wiedenzulassung, sondern die Akzeptanz einer gerichtlichen Entscheidung. Die Haltung, aber auch die Ideologie der Studenten wurde in einer von Neustadt aus verbreiteten Presseerklärung so dargestellt:

„Die ausgezogenen Studenten gehören keineswegs sämtlich der republikanischen Richtung an, vielmehr eben so gut der constitutionellen; aber sämtlich und einstimmig sind sie jeder Willkür und Polizeiherrschaft feind.“¹⁴

Äußere Unterstützung fanden die nach Neustadt ausgezogenen Studenten kaum. Lediglich durch ihre Kommilitonen in Tübingen und Wien sowie von den Demokraten und den republikanischen Zeitungen und Vereinen erhielten sie Rückendeckung.

In den andauernden Konflikt schaltete sich schließlich die Stadt Heidelberg als Vermittlerin ein. Hier war zu berücksichtigen, daß dies von Seiten der Stadt nicht uneigennützig geschah, bedeuteten doch 560 Studenten für eine Stadt von 13.000 Einwohnern einen beträchtlichen Wirtschaftsfaktor.

Das Ende des Auszugs wurde damit besiegelt, daß die Landesregierung nach einem eindeutigen Kammerbeschluß das Verbot des demokratischen Studentenvereins aufrecht erhielt und darüberhinaus, da die Studenten zuvor die Gleichstellung mit den übrigen Demokraten gefordert hatten, alle demokratischen Vereine in Baden verboten hat. In diesem Sinne ist den Studenten durch das Verbot zweifelhafte Gerechtigkeit widerfahren.

Nach sechs Tagen andauernder Sezession beschlossen die ausgezogenen Studenten durch fast einstimmigen Beschluß die Rückkehr nach Heidelberg. Der Landtag setzte den Ausgezogenen eine Frist von drei Tagen, die die meisten Studenten auch bis zum Ende ausnutzten. Sie verließen geordnet

¹⁴ Studentenauszug Neustadt.

Neustadt und kehrten mit eingerollten Fahnen und Trauerflor nach Heidelberg zurück, wo sie sich jeglichen Jubel der sichtlich erleichterten Bürgerschaft verbat. Eine bei der Rückkehr verfaßte Proklamation hatte folgenden Inhalt:
„Zwar ist unsere studentische Ehre wieder hergestellt, da jetzt auch die übrigen demokratischen Vereine in Baden aufgehoben sind; aber wir verwünschen eine solche Genugtuung, welche geschehenes Unrecht nur durch größeres wieder gut macht!“¹⁵

VI. Bewertung der Sezession

Der Erfolg der Sezession von 1848 wird von vielen Zeitzeugen und Historikern unterschiedlich bewertet. Die meisten von ihnen bescheinigen ihm einen negativen Erfolg. Dem ist insoweit zuzustimmen, als daß das Verbot des demokratischen Studentenvereins von der Landesregierung in Karlsruhe trotz aller Bemühungen nicht aufgehoben worden ist.

Betrachtet man diesen Auszug aber als schlichtes Politikum mit dem Hintergrund, daß die Studentenschaft ihr aus den Märzforderungen gewonnenes Recht auf Demonstrationsfreiheit ausüben wollte, so ist diesem Ereignis durchaus sehr viel Positives abzugewinnen, handelte es sich doch um eine traditionelle geradezu klassische studentische Protestform. Der Auszug verlief im Kontext zu den gesamten revolutionären Vorgängen diszipliniert, selbstbewußt und äußerst professionell. Die zur Verfügung stehenden Medien wurden taktisch zur Verwirklichung der eigenen Sache eingesetzt. Ebenso öffentlichkeitswirksam wurde der Auszug durch die Rückkehr nach Heidelberg geradezu inszeniert.

Der Studentenauszug nach Neustadt verdient schon deshalb großes Interesse, weil er - im Gegensatz zu früheren Auszügen - von der großen Mehrheit der Studentenschaft getragen wurde. Während es vor 1800 in Heidelberg nur die Auszüge

¹⁵ Dietz, S. 144.

1586 und 1601 gegeben hatte, kam es nach dem Übergang der Universität an Baden (1803) in etwas mehr als vier Jahrzehnten zu insgesamt fünf studentischen Sezessionen.

1804, 1810 und 1814 waren es kürzere Auszüge, 1828 ein mehrtägiger Auszug nach Schwetzingen und Frankenthal und schließlich im Juli der Protestzug nach Neustadt.

Trotzdem gab es seither keinen Auszug von Heidelberger Studenten mehr.¹⁶

VII. Studentenversammlung und Feuerbach

In Heidelberg war das Ereignis des Studentenauszugs nach Neustadt noch nicht einmal richtig ausdiskutiert, da machten die Studenten im Sommer 1848 erneut von sich Reden. Nun ging es darum einen Lehrstuhl mit einem Wunschkandidaten der Studenten zu besetzen. Der Religionsphilosoph Ludwig Feuerbach wurde seit vielen Jahren von einem Großteil der deutschen Studenten geradezu verehrt. Am 8. August versammelten sich die Studenten erneut und beschlossen, die Berufung Feuerbachs durchsetzen. Mit welchen Mitteln dies geschehen sollte, ließen die Studenten aber offen. Gegen dieses Ansinnen wandte sich die badische Regierung aufs Schärfste. Man hatte Bedenken, daß bei einer Berufung Feuerbachs sich die Heidelberger Gemüter wieder erhitzen würden. Darüberhinaus hielt man Feuerbach für einen respektlosen Denker, der nach Auffassung der Regierung als Demagoge der Studenten agieren könnte. Trotz der unterlassenen Berufung kam Feuerbach für das Wintersemester 1848/49 nach Heidelberg. Seine Vorlesung durfte aber nicht in der Aula der Universität stattfinden. Diesbezüglich zeigte sich aber der Heidelberger Gemeinderat sehr kooperativ und Feuerbach hielt die Vorlesung im Bürgerausschußsaal.

¹⁶ Schwarzburgverbindung Ostfranken.

VIII. Reichsverfassungskampagne

Am 28. März 1849 wurde die Verfassung in der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche beschlossen und später im Reichsgesetzblatt verkündet. Somit glaubte die Nationalversammlung geltendes Recht geschaffen zu haben. Fragwürdig blieb, ob die sich widerstrebenden Regierungen zur Anerkennung und Durchführung gezwungen werden mußten. Die Abgeordneten waren nun gezwungen, Position zu beziehen, wie sie sich weiterhin verhalten wollten, denn Deutschland stand nach den revolutionären Erhebungen im März und im September 1848 seit der letzten Aprilwoche vor einer dritten Aufstandsbewegung, die gegenüber den vorangegangenen unkalkulierbarer erschien. Diese hatte die Verwirklichung der Reichsverfassung, so wie sie von der Nationalversammlung beschlossen wurde, zum Ziel und trug deshalb den Namen Reichsverfassungskampagne.

Mit einer äußerst knappen Mehrheit, nämlich mit 190 zu 188 Stimmen faßten die Abgeordneten folgenden Beschluß: *„Die Nationalversammlung fordert die Regierungen, die gesetzgebenden Körperschaften, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesamte deutsche Volk auf, die Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März 1849 zur Anerkennung und Geltung zu bringen.“*¹⁷

Weitere Beschlüsse, wie die Schutzklärung der badisch-pfälzischen Aufstandsbewegung am 15. Mai 1849 bekräftigten den eingeschlagenen Kurs der Nationalversammlung. Am 26. Mai 1849 rief Uhland das gesamte deutsche Volk zur tätigen Mitwirkung auf. Er erwartete, *daß das Volk wehrhaft und waffengeübt dastehe; Volkswehren seien zu bilden und die stehenden Heere seien zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung verpflichtet.*¹⁸

Die Reichsverfassungskampagne war noch einmal ein Bei-

¹⁷ Siemann, S. 205.

¹⁸ Siemann, S. 207.

spiel für die Macht und Möglichkeiten der Volksbewegung, zeigte aber zugleich die Grenzen auf, die sich in der Macht der Regenten und deren treuen Truppen manifestierten. Die Kampagne konzentrierte sich auf die Staaten, die die Anerkennung der Reichsverfassung verweigert hatten wie beispielsweise Bayern, bayerisch Schwaben und die linksrheinische Pfalz. Baden mußte als Sonderfall angesehen werden, denn es entwickelte sich zur Bastion dieser dritten Volkserhebung, obwohl die Regierung die Reichsverfassung anerkannt hatte.¹⁹

Diese Erhebung zeigte deutliche Unterschiede zu den vorangegangenen Erhebungen. Die Kampagne wurde nun durch politisch klar definierte Volks- und Arbeitervereine koordiniert. Die Haltung des Militärs war nicht mehr berechenbar. Eine hohe Anzahl an Desertionen wurde nicht mehr erwartet. Darüber hinaus fehlte der Rückhalt der Agrarrevolten. Die meisten Bauern schlugen sich auf die Seite ihrer Fürsten. Innerhalb der Bewegung herrschte die Tendenz zum republikanischen Umsturz. Ziel war es, die Regenten zu vertreiben und nicht vor ihnen Halt zu machen; so floh auch der badische Regent in die Festung nach Mainz. Selbst das Bürgertum als Träger der Märzrevolution bot der Reichsverfassungskampagne nicht mehr die erwartete Unterstützung.

IX. Pfälzisch-badischer Aufstand

Die politische Wirkung der im Gange befindlichen Reichsverfassungskampagne machte natürlich auch nicht vor den Gemütern der Professoren und Studenten der Universität in Heidelberg Halt. Fraglich war, wie sich dieselben in der jetzigen Situation verhalten würden. Schließlich ging es nicht mehr um die Anerkennung eines studentischen Vereins, der sich auf die Märzerrungenschaften von 1848 berief, sondern um die Durchsetzung einer ganz Deutschland umspannenden

¹⁹ Siemann, S. 208.

und neuordnenden Verfassung mit tendenziellen republikanischen Bestrebungen. An die traditionelle studentische Protestform des Auszugs war unter den gegebenen Umständen gar nicht mehr zu denken, zumal er unter keinen Gesichtspunkten eine Aussicht auf Erfolg gehabt hätte.

Die Studenten hatten jetzt nur eine Möglichkeit. Sie konnten entweder selbst zu den Waffen greifen und sich den revolutionären Freischaren anschließen oder sie erwarteten unter dem Schutz der Universität das Ende der Kampfhandlungen, wie auch immer dieses aussehen mochte. Würden sich die Studenten für die erste der genannten Möglichkeiten entscheiden, müssten sie mit harten Repressalien durch den Senat der Universität rechnen, vielleicht sogar mit der Aberkennung der akademischen Bürgerrechte. Die Wahl mußte zwischen der eigenen Laufbahn und dem Schicksal der deutschen Nation getroffen werden, was bedeutete, daß ein jeder auch Leib und Leben aufs Spiel setzen mußte. So kam es, daß sich nur etwa 30 Studenten unter der Führung von Prof. Gottfried Kinkel den Freischaren im Zuge der Reichsverfassungskampagne anschließen und am badisch-pfälzischen Aufstand im Mai 1849 teilnehmen wollten.²⁰

Zogen am 17. Juli 1848 noch 560 Studenten unter den Augen der Öffentlichkeit aus Heidelberg nach Neustadt aus, war diese kleine kampfbereite Anzahl von Freischärlern, die als Studentenlegion bezeichnet wurde, kaum beachtenswert. Nach den wenigen historischen Aufzeichnungen kam die Studentenlegion auch tatsächlich im Mai 1849 noch zum Einsatz. Eingegliedert in das badisch-pfälzische Freikorps unter der Führung von August Willich kämpften die Studenten und Professor Kinkel in kleinen Gefechten bei Hemsbach und Germersheim. Die Verbände von Willichs Freikorps umlagerten die noch nicht fertiggestellte Festung Germersheim, in welcher 3.000 Soldaten regierungstreuer Truppen ausharrten. Jedoch

²⁰ Thielbeer, S. 58-59

unterließ Willich jeden Angriffsversuch und befahl lediglich einen lockeren Einschließungsring zu bilden. Abgesehen von einigen kleinen Scharmützeln waren keine Kämpfe zu verzeichnen. Diese bedeutete auch, daß die Studentenlegion kaum in nennenswerter Gefahr war. Und so stimmt es nicht verwunderlich, daß Germersheim ebenso wie Landau im Juni 1849 problemlos von preußischen Truppen eingenommen werden konnte.²¹ Wie sich die Studenten in den Kämpfen geschlagen haben, ist nicht genau überliefert, allerdings schrieb Friedrich Engels, der zur damaligen Zeit Adjutant im Freikorps von August Willich war folgende Zeilen: *„Namentlich die Studenten waren die ersten, die fahnenflüchtig wurden, soweit sie nicht durch die Verleihung des Offiziersranges, wozu sie sich natürlich selten eigneten, zurückgehalten wurden.“*²²

Es ist aber festzustellen, daß die Revolution kaum am kämpferischen Unvermögen der Studenten gescheitert ist, sondern an der Gegenrevolution, die von außen kam. Auf Bitten des Großherzogs wurden preußische Verbände und Reichstruppen nach Baden geschickt. Ebenso wurden württembergische Einheiten dorthin entsandt. Aufgrund der nun eingetretenen Übermacht der konstitutionellen Truppen und deren Überlegenheit im Gefecht, war die Lage der vereinten pfälzisch-badischen Volkswehren, Bürgerwehren und Liniensoldaten trotz kluger Leitung durch den Oberbefehlshaber Ludwig von Mieroslawski aussichtslos.

Einen plastischen Situationsbericht über das Leben und Denken in Heidelberg während der Reichsverfassungskampagne gibt der Brief des Studenten der Kameralwissenschaften Siegmund Löhlein:

„[...] obgleich ich von vielen Seiten die Versicherung gehört, daß, wenn die Preußen nur zwei Kanonenschüsse getan

²¹ Pfälzische Revolution, S. 104.

*haben würden, von der Bürgerwehr nicht viel mehr zu sehen gewesen sein würde, so prahlhändig auch viele Wehrmänner mit ihren republikanischen Ansichten sind und so sehr sie auch die vielen besser Gesinnten terrorisieren. Überhaupt hat man hier eine großartige Furcht vor den Preußen: Der Ruf 'Die Preußen kommen' wirkt ebenso wie der 'Die Russen kommen' oder 'Hannibal ante portas'. Vorgestern wurde auf den Umstand hin, daß ein Extrazug auf der Main-Neckar-Bahn angesagt war, von dem man sicher glaubte, daß er die Preußen bringen werde, noch tief in die Nacht Generalmarsch getrommelt und Alarm geblasen. [...]'*²³

Löhlein dokumentiert durch seine brieflichen Aufzeichnungen, daß der Aufstand im Mai 1849 teilweise „kopflös“ durchgeführt worden ist. Sowohl die mangelnde strategische Führung als auch die unzulängliche Ausrüstung und darüberhinaus ein gewisses Maß an Furcht vor den kampferprobten preussischen Truppen waren mit Grund für das Versagen des Maiaufstandes. Erstaunlicherweise erwähnt Löhlein nichts von Kommilitonen, die sich den Freischaren oder den Bürgerwehren angeschlossen hätten.

Lediglich von Schlöffel berichtet Löhlein, daß dieser sich ab Mitte Mai zum „Herr der Stadt“ aufgeschwungen habe. Schlöffel habe als Zivilkommissar am 17. Mai 1849 den Befehl gegeben, daß sich alle in Heidelberg aufhaltenden Badener zwischen dem 18. und dem 30. Lebensjahr auf dem Universitätsplatz zu melden hätten. Ob diesem Befehl tatsächlich Folge geleistet wurde, denn er betraf ja auch viele Studenten in Heidelberg, ist aus dem Brief nicht mehr ersichtlich.

Am 19. Juni 1849 wurden die Truppen in Heidelberg erneut zusammengesammelt und rückten gegen Schwetzingen ab. Die Preußen hatten bei Germersheim den Rhein über-

²² Ruprecht Nr. 57 vom 04.12.1998-Feuilleton.

²³ Benl, S. 246.

schritten, wo sie bereits in Gefechten mit dem Freikorps unter August Willich lagen.

Letztendlich besiegelte die Niederlage bei Waghäusl am 21. Juni 1849 das Schicksal der Reichsverfassungskampagne, nachdem bereits am 15. Juni 1849 Mannheim in preußische Hand gefallen war.

Heidelberg wurde, ebenso wie Mannheim, den preußischen Truppen kampflös übergeben.²⁴

Die deutsche Revolution war nach dem dritten pfälzisch-badischen Aufstand mit der schriftlichen Kapitulation der rund 6.000 in der Festung Rastatt eingeschlossenen Revolutionskämpfer endgültig niedergeschlagen²⁵.

So kehrten nun auch die überlebenden der Studentenlegion nach Heidelberg zurück, nichtwissend, ob sie wieder von der Leitung der Universität aufgenommen werden würden. Der Senat jedoch ließ sich ein wenig Zeit und zeigte sich abwartend, bis er im August 1849 alle 29 kämpfenden Studenten relegierte. Der Heidelberger Student Schlöffel, dem der revolutionäre Landesausschuß die Stadt Heidelberg militärisch unterstellt hatte, fiel in der Schlacht bei Waghäusl.

X. Persönlichkeiten

Nachfolgend werden einige Persönlichkeiten vorgestellt, die aktiv an den Kampfhandlungen im Zuge der Reichsverfassungskampagne teilgenommen haben.

Prof. Gottfried Kinkel²⁶

Prof. Gottfried Kinkel war nicht von Anfang an in die Heidelberger Revolutionsgeschehnisse verwickelt. Er war Prof. für Kunstgeschichte an der Universität in Bonn und von Kopf bis Fuß Demokrat. Als am 18. und 19. März in Berlin die Revolution offen ausbrach, bestieg er mit anderen Professoren die

²⁴ RNZ 1998.

²⁵ Siemann, S. 216.

²⁶ www.uni-freiburg.de

Bonner Rathauptreppe und schwenkte eine schwarz-rot-goldene Fahne begleitet von dem Jubel der Bonner Bevölkerung. Der Oberbürgermeister von Bonn Carl Edmund Oppenhoff schlug bereits kurze Zeit später die Bildung einer zentralen Bürgerversammlung vor. Bei diesem Vorhaben wurde er auch von Gottfried Kinkel unterstützt. Kinkel rief im Sommer 1848 einen demokratischen Verein ins Leben, dem viel Zuspruch widerfuhr. Er bildete das Gegenstück zu den konstitutionellen Bürgervereinen. Einer der treuesten Anhänger Kinkels war der Student Carl Schurz. Trotz der Überwachung des Vereins durch die Behörden, tagte der Verein von Kinkel eifrig weiter. Nachdem die demokratische Bewegung unter Federführung Kinkels in Bonn durch das Eingreifen von starken preußischen Truppen ins Erliegen gekommen war, zog Kinkel die Konsequenzen, kehrte Bonn den Rücken und begab sich dorthin, wo wirklich gekämpft wurde. Ohne zu zögern schloß er sich den Aufständischen in Baden und der Pfalz an und befehligte die aus Heidelberger Studenten bestehende Studentenlegion. Bereits bei der ersten Feindberührung wurde Kinkel leicht verletzt und geriet in preußische Gefangenschaft. In einer spektakulären Befreiungsaktion befreite der Student Schurz den mittlerweile als Märtyrer der Revolution in ganz Deutschland verehrten Professor am 06. November aus dem Gefängnis und floh mit ihm nach England. Bis zu seinem Tod hat Kinkel dort sowie in der Schweiz gelebt.²⁷

Carl Schurz²⁸

Carl Schurz wurde am 02.03.1829 in Liblar bei Köln geboren. Im Juli 1848 wird er in den Vorstand der allgemeinen Studentenschaft Bonns gewählt. 1849 begleitet er seinen Mentor Prof. Gottfried Kinkel nach Baden, um dort am badisch-pfälzischen Aufstand teilzunehmen. Schurz dient alsbald in der Revolutionsarmee als Adjutant des ehemaligen preußischen

²⁷ Bonner Professoren.

Offiziers Fritz Anneke. Am Tag der Kapitulation in der Festung Rastatt flieht Schurz aus derselben. Auf Bitten der Ehefrau Gottfried Kinkels begibt sich Schurz am 06. November 1850 zum Zuchthaus nach Spandau und befreit seinen Freund und Mentor Kinkel, worauf beide nach England fliehen. Später reist er in die USA und macht eine politische Karriere bis hin zum Innenminister im Kabinett von Rutherford B. Hayes 1877. Er stirbt am 14.05.1906 in New York.

Gustav Adolph Schlöffel²⁹

Gustav Adolph Schlöffel wurde 1828 in Landshut/Schlesien geboren. Aus seiner republikanischen Gesinnung machte er schon in seiner Schulzeit gegenüber den Mitschülern keinen Hehl. 1845 zog Schlöffel nach Heidelberg, um dort seinem Philosophiestudium nachzugehen. Bald nach seiner Ankunft schließt er sich dem Neckarbund an und agiert aktiv im ersten Heidelberger Arbeiterverein an vorderster Stelle³⁰. Im April 1848 gibt Schlöffel eine eigene Zeitung heraus: „Der Volksfreund“. Das Erscheinungsdatum gibt er mit dem „Jahr I der Freiheit“ an. Ein Teil der Auflage soll kostenlos an die verteilt werden, für die es eigentlich geschrieben ist. Die Zeitung benutzt er als Sprachrohr für sein Programm zur Weiterführung der Revolution. Er fordert die Abschaffung des alten Machtapparates und die Aufhebung der Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital. Mit dieser Forderung geht er sogar manchen Linksradikalen zu weit.

Im August nimmt Schlöffel am ungarischen Aufstand teil. Im Mai 1849 wird er Zivilkommissar der provisorischen Landesregierung in Baden. Er fällt bei der Schlacht um Waghäusl an der Spitze einer Sturmkolonne, der er mit der

²⁸ www.uni-freiburg.de

²⁹ www.uni-freiburg.de

³⁰ Dietz, Burschenschaft Heidelberg, S. 95.

Fahne in der Hand voranstürmte, am 21. Juni 1849.
Sein Grab ist noch heute auf dem Heidelberger Bergfriedhof zu besichtigen.

Zacharias Oppenheimer³¹

Zacharias Oppenheimer wurde am 07.01.1830 in Michelfeld geboren. Im Oktober 1848 kam er nach Heidelberg, um hier Medizin zu studieren. Im Mai 1849 nahm er am badisch-pfälzischen Aufstand teil. Nach der Niederschlagung der Mairevolution floh Oppenheimer im Juni 1849 in die Schweiz. Bereits im Oktober 1849 kehrte er nach Deutschland zurück und nahm in Würzburg sein Studium wieder auf. Im Oktober 1851 kehrte er nach Heidelberg zurück, um hier sein Studium abzuschließen. Im Jahre 1855 habilitierte er in Heidelberg und wurde 1863 außerordentlicher Professor.

XI. Studenten und die postrevolutionäre Zeit

Hinsichtlich der Teilnahme der Heidelberger Studenten an den revolutionären Geschehnissen stellt sich die Frage, was den Hochschülern nach der Niederschlagung des letzten Aufstandes von den Märzerrungenschaften wie der Versammlungs- und Pressefreiheit geblieben ist.

Nach dem Auszug nach Neustadt und der Rückkehr nach Heidelberg im Juli 1848 konnte eine Art neues Selbstverständnis bei der Studentenschaft erkannt werden. Man hatte zwar nicht das Verbot des demokratischen Studentenvereins rückgängig machen können, aber der Gedanke einer einheitlichen Studentenschaft war zu diesem Zeitpunkt geboren worden. Aus diesem neuen Selbstverständnis forderte man nun die institutionelle Anerkennung der Studentenschaft im Rahmen der universitären Verwaltung. Bald bildete sich auch der Ausschuß der Heidelberger Studentenschaft, der sich als legitimierte Studentenvertretung aller Hochschüler in Heidel-

³¹ www.uni-freiburg.de

berg verstand. Der Ausschuß beanspruchte grundsätzlich die Aula für seine Versammlungen und erhob auch den Anspruch, bei der Besetzung der Lehrstühle mitreden zu wollen, was durch die Agitation hinsichtlich Feuerbachs wie oben beschrieben deutlich wurde.

Die Bildung einer Studentenlegion, wenn man bei 30 Studenten überhaupt davon reden konnte, war mehr als nur der Zusammenschluß von kampfeslustigen Zeitgenossen. Jeder, der ihr angehörte, wurde von einer Idee geleitet: der Idee einer ganz Deutschland umspannenden und einenden Verfassung. Wie der einzelne die Staatsform interpretierte, in der diese Verfassung verwirklicht werden sollte, mag hier dahingestellt bleiben. Es galt die neu gewonnene Freiheit gegen sämtliche Widerstände zu verteidigen; mag auch so mancher Student etwas Verklärtes in seinem Tun gesehen haben.

Der Sommer 1849 bereitete diesen hoffnungsvollen und zukunftsweisenden Ansätzen ein Ende, so daß der Gedanke einer allgemeinen Studentenvertretung erst wieder viele Jahre später aufgenommen wurde.

Die geradezu vernichtende Niederlage 1849 fegte auch die radikaldemokratischen Bestrebungen der burschenschaftlichen Studentenbewegung hinweg. Die bildungsbürgerlichen Studenten stellten einen zunehmend größeren Teil der Studentenschaft dar. Im Vordergrund standen nun die eigenen Aufstiegsinteressen. Vergessen war das Ansinnen der Studenten, die bis 1848 auf einen einheitlichen bürgerlichen Nationalstaat drängten, in dem es galt soziale Reformen und wirtschaftliche Prosperität zu schaffen.

Mehr und mehr wurde der emanzipatorische Radikalismus derart verändert, daß sich die Studenten adligen Lebensformen anpaßten.³²

Nach 1849 hatten die Regierungen erneut Burschenschaften

³² Heidelberger Studenten, S. 131.

und studentische Vereinigungen verboten. Die Heidelberger Universität hatte zwar die Revolutionsjahre einigermaßen unbeschadet überstanden, dennoch war der studentische Geist nun geleert von sämtlichen Reformbestrebungen. Die blutig erkämpften Märzerrungenschaften schienen auf immer verloren.

Literaturverzeichnis

Bücher:

- Benl, Rudolf** Ein Heidelberger Studentenbrief von 1849
in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 142, 1994.
zit.: Benl, S. *
- Dietz, Eduard** Die Deutsche Studentenschaft in Heidelberg
Heidelberg, 1895
zit.: Dietz. S. *
- Dietz, Eduard** Die deutsche Burschenschaft in Heidelberg
Heidelberg, 1885
zit.: Dietz, Burschenschaft Heidelberg, S. *
- Giovanni, Norbert** Paukboden, Barrikaden und Bismarck-Kult
Heidelberger Studenten 1800-1914
in: Auch eine Geschichte der Universität
Heidelberg; Buselmaier, Harth und Jansen
Mannheim, 1985
zit.: Heidelberger Studenten, S. *
- Lehr, Rudolf** Das Feuer der Revolution
Rhein-Neckar-Zeitung vom 14./15.03.1998
zit.: RNZ 1998
- Schneider. Erich**
Kediggeit, Jürgen Die Pfälzische Revolution von 1848/49
Kaiserslautern, Kulturamt der Stadt, 1999
zit.: Pfälzische Revolution, S. *
- Siemann, Wolfgang** Die deutsche Revolution von 1848/49
Frankfurt, 1985
zit.: Siemann, S. *

- Thielbeer, Heide** Universität und Politik in der Deutschen Revolution 1848
Bonn, 1983
zit.: Thielbeer, S. *
- Wirtz, Rainer** Die Begriffsverwirrung der Bauern im Odenwald 1848.
Odenwälder Excesse und die Sinsheimer republikanische
Schilderhebung.
in.: Wahrnehmungsformen und Protestverhalten
Frankfurt, 1979, S. 81 – 104
zit.: Wirtz, S. *
- Zentner, Christian** Weltgeschichte
Stuttgart, 1995
zit.: Weltgeschichte, S. *
- Web-Material:
- N.N.** Frei ist der Bursch
1848/49: Heidelberger Studenten wollten auch mal
Revoluzzer sein
Ruprecht.fsk.uni-heidelberg.de/ausgaben/57/ru06.htm
zit.: Ruprecht Nr. 57 vom 04.12.1998 Feuilleton
- N.N.** Geschichte der Universität Freiburg
www.geschichte.uni-freiburg.de
zit.: www.uni-freiburg.de
- N.N.** Bonner Professoren und Studenten in der Revolution von
1848
Members.aol.com/tombeee/1848.html
zit.: Bonner Professoren
- Himmelrath, Armin** Auf die Straße
Schwarzburgverbindung Ostfranken

www.stud.uni-hannover.de/gruppen/ostfranken

zit.: Schwarzburgverbindung Ostfranken

Stichel, Carl-Heinz

Revolutionäre auf dem Abstellgleis

Die Universität Heidelberg in den Jahren 1848/49

Unispiegel 6/97

www.rzuser.uni-heidelberg.de

zit.: Heidelberg Unispiegel 6/97

Zepf, Robert

Kurzberichte junger Forscher

Der Studentenauszug nach Neustadt im Juli 1848

www.uni-heidelberg.de/uni/presse/RuCa2_98/kurzber.htm

zit.: Studentenauszug Neustadt